

Nushasi 5 Krustur

A B O N E

(Posta ücreti dahil olmak üzere)

	DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık Türk lirası	1.50	R.M. 5.-
Üç aylık	4.25	13.-
Altı aylık	8.-	25.-
Bir senelik	15.-	50.-

yahut mükabili.

İdarehane:

Tekke Cadesi No. 585 ve 587.
 Telgraf adresi: Türkpost.
 Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.
 Posta Kutusu: Galata 269.

Preis der Einzelnummer: 5 Krus

BEZUGSPREISE:

	Inland	Ausland
für 1 Monat T. Pfd.	1.50	R.M. 5.-
3 Monate	4.25	13.-
6 Monate	8.-	25.-
12 Monate	15.-	50.-

oder Gegenwert

Geschäftsleitung:

Tekke-Strasse Nr. 585-587.
 Drahtanschr.: Türkpost.
 Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.
 Postfach: Galata 269.

Türkische Post

5. Jahrgang Nr. 210

Tageszeitung für den Nahen Osten

Stambul, Sonabend, 2. August 1938

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Die neuen Unruhen in Afghanistan

London, 1. August (A.A.). Der jüngste Aufstand im nordöstlichen Afghanistan wird nach den aus Britisch-Indien eintreffenden Meldungen auf einen Versuch der afghanischen Regierung zurückgeführt, die Stämme dieses Gebietes zu entwaffnen. Die Stämme hatten vor einiger Zeit mehrere Karawanen und auch afghanische Truppen angegriffen und einen der Regierung ergebenen Gouverneur getötet. Die Regierung hat von Kabul Truppen und Flugzeuggeschwader in das Aufstandsgebiet entsandt, die die Aufständischen zersprengen und zahlreiche von ihnen getötet oder gefangen genommen haben sollen. Die afghanische Regierung erklärt, dass sie die Lage nicht für ernst halte, dass sie aber trotzdem energische Massnahmen ergriffen habe, um den Unruhen in dem bezeichneten Gebiet ein Ende zu machen.

London, 1. August. In einem „Times“-Bericht aus Peshawar wird bestätigt, dass zwei afghanische Orte in letzter Zeit von Aufständischen unter Führung eines Onkels des früheren Emir Habib Ullah angegriffen wurden. Die von Kabul entsandten Regierungstruppen wiesen die Aufständischen zurück. Die Regierung in Kabul liess am 23. Juli unter Trommelwirbel öffentlich bekanntgeben, dass in den letzten Kämpfen 3000 Insurgenten gefangen genommen wurden.

Keine Gefährdung mehr für König Fuad?

London, 1. August. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ weist darauf hin, dass verschiedene der diplomatischen Vertreter ausländischer Mächte in Ägypten in letzter Zeit ihre Regierungen dahin verständigt hätten, dass die Stellung König Fuads in Ägypten nicht mehr gefährdet erscheine. Die gegenwärtige Regierung in Ägypten habe so weitgehende Sicherungsmassnahmen getroffen, dass ein Sturz des Königs durch die Wafdpartei mindestens als unwahrscheinlich erscheine. Das befriedigendste Anzeichen der gegenwärtigen Situation bestehe darin, dass Sidky Pascha und sein Kabinett Massendemonstrationen jeder Art ablehnten. Die von einem ausländischen Beobachter seiner Regierung gegebenen Erläuterungen dieser Tatsache gehen dahin, dass die ägyptische Regierung durch derartige Demonstrationen eine Irreführung der Wählerschaft und die Einleitung eines Systems umfangreicher Bestechlichkeiten fürchtet, was eine völlige Verfallung des Wahlrechts zur Folge haben würde. Auch die Tatsache, dass 95 v. H. des bisherigen Parlaments der Wafdpartei angehören, sei nicht ohne weiteres identisch mit der Behauptung, dass 95 v. H. der Bevölkerung tatsächlich Anhänger der Wafd seien.

Die chinesischen Wirren.

London, 1. August (A.A.). Auf dem Jiangtsefluss wurde ein britisches Kanonenboot von chinesischen Kommunisten beschossen. Das Schiff hat das Feuer jedoch nicht erwidert, um nicht vielleicht unschuldige Menschen zu opfern.

Schanghai, 1. August (A.A.). Der Vormarsch der chinesischen Kommunisten gegen Hankau wird fortgesetzt. Die Stadt, über die die Belagerungszustand verhängt wurde, erscheint ernstlich bedroht.

Russisch-englische Schuldverhandlungen verschoben.

London, 1. August. Die russisch-englischen Schuldverhandlungen sind im letzten Augenblick vor ihrem Beginn wieder verschoben worden. Die hier bereits eingetrossenen russische Delegation kehrt, wie verlautet, dieser Tage wieder nach Moskau zurück. Der Aufschub der Konferenz wird auf Meinungsverschiedenheiten der russischen und der englischen Regierung über das Arbeitsprogramm der Konferenz zurückgeführt.

Das Unterhaus vertagt.

London, 1. August. Das Unterhaus ist heute in die Sommerferien gegangen und wird seine Sitzungen erst am 28. Oktober wieder aufnehmen.

Der Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag mit Deutschland

Wir berichteten gestern, dass der Austausch der Ratifikationsurkunden des türkisch-deutschen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrages (nicht Rechtshilfevertrages, wie irrtümlich gemeldet wurde). Die Ratifikationsurkunden zum deutsch-türkischen Rechtshilfevertrag sind bisher noch nicht ausgetauscht worden.

Zur Gasirede über Bulgarien. Weitere bulgarische Stimmen.

Sofia, 1. August (A.A.). Der offiziöse „Demokratischeski Sgovor“ schreibt in einem Kommentar zu den kürzlichen Äusserungen des türkischen Staatspräsidenten über Bulgarien: „Die bulgarische Presse hat die wohlwollenden Erklärungen des Gasi über Bulgarien mit großer Befriedigung aufgenommen. Die das Zeichen der Aufrichtigkeit tragenden Worte des Chefs des uns benachbarten Staates, der das türkische Prestige so sehr vergrößert hat, haben in der Seele des bulgarischen Volkes, welches jede freundschaftliche Geste seiner Nachbarn schätzt, ein tiefes Echo erweckt. Angesichts der hervorragenden und außerordentlichen Position des türkischen Staatspräsidenten haben diese Erklärungen für die Beziehungen der beiden Länder enorme Bedeutung. Wir sprechen dem türkischen Staatspräsidenten für seine liebenswürdigen Worten unseren Dank und unsere Anerkennung aus. Wir versichern ihm und sein Volk der grenzenlosen Freundschaft Bulgariens, und wünschen die fortgesetzte Verstärkung der gegenseitigen Beziehungen beider Staaten zu ihrer beider Wohl.“

Die bulgarische Zeitung „Mir“ schreibt: Die Freundschaft und die Zusammenarbeit der Türkei und Bulgarien stelle eine Notwendigkeit dar. Beide sind immer möglich, denn die türkische Minderheit in Bulgarien hat in allen Wechseln des Schicksals niemals ihre Treue gegenüber dem bulgarischen Staate gebrochen.“

Endlich schreibt die offiziöse Zeitung „La Bulgarie“: Bulgarien verfolgt die Fortentwicklung des von Gasi begonnenen Werkes mit großer Sympathie und mit Bewunderung. Bulgarien hegt der Türkei gegenüber ausgesprochen freundschaftliche Gefühle. Zwischen den beiden Ländern gibt es heute keine Streitfrage mehr.“

Die Presse-Delegation nach Sofia. Einer Einladung des Sofioter Pressevereins Folge leistend, ist gestern eine Delegation des Verbandes der türkischen Presse nach Bulgarien abgereist. Der Delegation gehören an Hakkı Tarık Bey, Falih Rıfki Bey, Ahmet Şükrü Bey und Kemal Salih Bey.

Italienisch-französische Zwischenfälle.

Paris, 29. Juli (Eig. Meldung). Ein Grenzzwischenfall ereignete sich am Montag an der französisch-italienischen Grenze unweit von Malo. Ein faschistischer Soldat hatte mit einigen Kameraden einen Spaziergang auf französisches Gebiet unternommen, wobei er von einer Patrouille französischer Soldaten überrascht wurde. Als er schnellig die Flucht ergreifen wollte, stürzte er und brach sich ein Bein. Nach einem Notverband wurde er von den französischen Militärbehörden ins Lazarett von Birancon gebracht. Das Gewehr des italienischen Soldaten war mit einer Kugel im Lauf und fünf im Rahmen geladen.

In Korsika trafen am Montag zwei Gruppen italienischer Flüchtlinge ein, die ihr Land aus politischen Gründen verlassen hatten. Es handelt sich um acht junge Leute, in deren Begleitung sich eine Frau befand. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wurden sie in Freiheit gelassen.

... und der neueste Zwischenfall.

Rom, 1. August. Auf dem Gebiet der Provinz Genua ist heute ein französisches Kampfflugzeug gelandet. Die Insassen waren drei Offiziere, welche erklärten, sie seien in Lyon aufgestiegen, hätten aber über den Alpen die Orientierung verloren. Das Flugzeug führte auch einen photographischen Apparat mit. Die drei Offiziere wurden einstweilen festgenommen.

SERVIC Der Kurdenaufstand.

Die Türkei und Persien — Die Haltung des Irak.

Neue Nachrichten über die Lage im Kampfgebiet in den Ostprovinzen liegen nicht vor. Im Gebiet um den Ararat soll völlige Ruhe herrschen; die Aufständischen sollen noch immer in den höheren Teilen des Gebirges verborgen die weitere Entwicklung der Dinge abwarten. Der aus dem Gebiet von Urmia erfolgte Vorstoß persischer Kurden gegen den türkischen Bezirk Schemdinan ist zurückgewiesen worden. Die türkischen Truppen im Bezirk Schemdinan sind demnach verstärkt worden, daß eine weitere Invasion in dieses Gebiet nicht befürchtet wird. Die aus dem Irak in das Wilajet Hakkari eingebrochenen Kurden des Stammes Barsan haben weiter keine Fortschritte machen können. Ihre Aufforderung an die türkischen Kurdenstämme, sich den Eindringlingen anzuschließen, soll ohne jeden Erfolg geblieben sein. Mehrere der Regierung treu gebliebenen Kurdenstämme sollen nach der „Dschumhuriyet“ aus dem Wilajet Hakkari in das westlich benachbarte Wilajet Serd hinübergewechselt sein.

Die angekündigte zweite Note an die persische Regierung ist inzwischen nach Teheran abgesandt worden. Sie soll nach einer Mitteilung der Anatolischen Nachrichtenagentur ernst, aber freundschaftlich gehalten sein. Die Nachrichten über eine neuerliche Zusammenziehung türkischer Truppen in der Nähe der persischen Grenze werden demontiert. In Ankara hatte vorgestern der persische Geschäftsträger Said Khan eine Unterredung mit dem Außenminister Tewfik Rüşdi Bey, die etwa eine Stunde dauerte. Was hier besprochen worden ist, ist nicht bekannt; jedenfalls dürfte der Außenminister die nach Teheran übersandte Note dem persischen Vertreter noch einmal mündlich erläutert haben. Der neuernannte türkische Botschafter in Teheran, Hüseyin Bey, ist gestern in Stambul eingetroffen und wird unverzüglich die Reise nach Teheran antreten. Die Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt des Generalspektors der Ostwilajets, Ibrahim Tali Bey, werden von der gesamten türkischen Presse jetzt wieder demontiert. Ibrahim Tali Bey ist gestern von der Hauptstadt nach Stambul abgereist; er wird sich nach Jalowa begeben, um dem Staatspräsidenten Bericht zu erstatten.

Wie ursprünglich verlautete, sollten die bezüglich der Kurdenaufstände zwischen der Türkei und Persien letzthin ausgetauschten diplomatischen Noten heute im Wortlaut veröffentlicht werden. Junus Nadi Bey weist in der „Dschumhuriyet“ darauf hin, daß die neue Note kaum etwas anderes enthalten dürfte als eine Wiederholung der Darlegungen, die der Ministerpräsident in seiner großen Rede vor der Rechtsfakultät gemacht hat. Der Ministerpräsident könne in eine Rede und einer diplomatischen Note nicht wohl zwei verschiedene Standpunkte einnehmen. Junus Nadi Bey forscht den Beweggründen der persischen Haltung nach. Er findet, daß Persien nicht gut seine Unfähigkeit, in seinen eigenen Kurdenprovinzen Ordnung zu halten, zugeben könne. Das könne kein Staat tun, der sich selber achtet, und eine solche Ansicht von der persischen Staatsautorität könne man gegenüber einem befreundeten und benachbarten Staate nicht gut aussprechen. Sollten die Dinge doch so liegen, so würde der Türkei ausschliesslich die Aufgabe zufallen, hier Ordnung zu schaffen. Junus Nadi Bey kommt so zu der Fiktion, daß Persien die Räubereien im Osten bewußt dulde, und er schließt sich in seinen weiteren Darlegungen den Darlegungen des Ministerpräsidenten an. In einem gleichzeitigen Leitartikel der „Milliet“ erklärt Mahmut Bey, daß die künftige Gestaltung der türkisch-persischen Beziehungen durchaus von der Haltung abhängen, die die Teheraner Regierung weiterhin einnehmen werde. Diese Haltung müsse aber eine ganz andere sein, als sie bisher war. Durch Dokumente und andere schlagende Beweise sei klar erwiesen, daß Persien der Türkei gegenüber letzthin nicht die Haltung eines befreundeten oder neutralen Staates eingenommen habe. Die Haltung Persiens sei vielmehr eine feindselige gewesen. Persien helfe den Kurden, und die persischen Beamten versorgten die Rebellen mit Waffen. Unter den Augen dieser Beamten diene das persische Staatsgebiet zum Sitz der Leitung des Aufstandes und zum Sammelgebiet der Aufständischen. Die Fehler und Verantwortlichkeit des amtlichen Persien in Bezug auf die jüngsten Ereignisse im Osten seien sehr groß. Die persische Regierung habe in ihrer letzten Note an die türkische Regierung neuerlich Versicherungen ihrer Freundschaft gegeben, aber nur den effektiven Tatsachen einen Wert beigemessen. Es sei unverständlich, wie derjenige von Freundschaft sprechen könne, der gleichzeitig die türkischen Grenze gefährde. Die persische Regierung habe keinen guten Willen gezeigt und ihre Pflicht zur Hinwirkung auf Ruhe und Ordnung an den Grenzen nicht erfüllt. Wenn Persien erkläre, daß es keine Verantwortlichkeit übernehme, so sei dies eine Erklärung ohne Sinn und jeden Wert. Die türkisch-persische Grenze könne nicht dieselbe bleiben wie heute, denn sonst würden die jüngsten Ereignisse sich immer wiederholen. Die Regelung der Grenzfrage habe für die Türkei eine vitale Bedeutung erlangt.

Der Hochverratsprozess Selaheddin

In Ankara hat vorgestern eine weitere Verhandlung im Hochverratsprozess gegen Selaheddin, den Sohn des 1925 gehängten Scheichs Said von Gendesch, stattgefunden. Die Verhandlung war wieder geheim; die nächste Verhandlung soll am 10. September stattfinden. Von den Mitverschwörern Selaheddins ist eine Frau Tschaktschuru Emine immer noch nicht in Ankara eingetroffen. Die Frau ist unter der Beschuldigung verhaftet worden, zwischen der kurdischen Geheimverbindung „Hobyon“ und dem Mitverschworenen Tahir vermittelte zu haben.

Der Chefredakteur der „Humanité“ verhaftet.

Paris, 1. August (A.A.). Die Pariser Polizei hat heute den Chefredakteur der kommunistischen Tageszeitung „Humanité“, einen gewissen Bonté, verhaften lassen. Bonté wird beschuldigt, kommunistische Aufrufe zu Streiks und Kundgebungen am 1. August verbreitet zu haben.

Der französische Streik.

Paris, 1. August. Die Lage im nordfranzösischen Streikgebiet hat sich erheblich gebessert. Der französische Arbeitsminister hat einen Vermittlungsversuch unternommen. Er empfing die Vertreter der streikenden Gewerkschaften und eine Delegation der nordfranzösischen Textilindustrie. Die Gewerkschaftler erklärten, daß sie sich auf den Boden des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung stellen und die in diesem Gesetz vorgesehenen Lohnabzüge anerkennen würden. Die Gewerkschaftler fügten jedoch hinzu, daß sie wegen der Steigerung der Lebenshaltungskosten in Frankreich eine Erhöhung der Stundenlöhne um mindestens 25 Centimes verlangen müßten.

Aus Deutschland.

Der Reichskanzler.

Berlin, 1. August. Am kommenden Montag wird Reichskanzler Dr. Brüning mit mehreren Führern der deutschen Wirtschaft eine Besprechung haben, auf welcher die Frage der Ankerhebung der deutschen Wirtschaft und vor allem die Lage auf dem Baumarkt erörtert werden soll.

Der Reichsaussenminister.

Berlin, 1. August. Reichsaussenminister Curtius ist heute in Badenweiler im südlichen Schwarzwald eingetroffen, wo er einen längeren Kuraufenthalt nehmen wird.

Der 1. August.

Berlin, 1. August. In Berlin wie im übrigen Deutschland sind die von den Sozialdemokraten und den Kommunisten heute veranstalteten Kundgebungen glatt verlaufen. Erneuerte Zwischenfälle werden nicht gemeldet. In der Reichshauptstadt mussten bis 9 Uhr abends 61 Teilnehmer an den kommunistischen Kundgebungen polizeilich sistiert werden.

Die neue Staatspartei.

Berlin, 1. August. Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, der Volksnationalen Aktion (Jungdeutscher Orden) und andere im Reichstag nichtvertretene Gruppen, haben wie bereits gemeldet, eine Deutsche Staatspartei gegründet.

Ob die Parteien, die hinter den Gründern stehen, aufgelöst werden, steht noch nicht fest. Wahrscheinlich ist bisher nur, dass die Deutschdemokratische Partei und die Volksnationale Aktion in der Deutschen Staatspartei aufgehen werden.

An der neuen Parteigründung sind namentlich beteiligt: Koch-Weser, Petersen, Reichsfinanzminister Dietrich, Minister a. D. Kütz, Staatssekretär Oskar Meyer, die Gewerkschaftsführer Schneider und Lemmer, der preussische Finanzminister Höpker-Aschoff, Freiherr von Rheinaben, der Inhaber der „Kölnischen Zeitung“ du Mont, der Ordensmeister des jungdeutschen Ordens Mahraun, der Hamburger Bankier Melchior, der Grossindustrielle Robert Bosch, Prof. Bergius und Prof. Haber. Die neue Partei soll erst nach den Wahlen durchorganisiert werden. Für die Wahlen sollen in den einzelnen Wahlkreisen Wahlkartelle abgeschlossen werden. Der Gründungsaufwurf wird heute veröffentlicht werden und namentlich das unbedingte Bekenntnis zur Republik enthalten.

Schweres Autounglück in Hasselt.

Berlin, 1. August. In der rheinischen Stadt Hasselt stiessen heute zwei mit Arbeitern vollbesetzte Autobusse miteinander zusammen. Von den Insassen wurden vier getötet, 2 schwer und sieben leicht verletzt. Die beiden Wagen wurden völlig zertrümmert.

Neuer deutscher Bahnbaupvertrag mit Persien.

Teheran, 1. August. Die persische Regierung hat heute mit dem Syndikat deutscher Baufirmen, welche bisher im Rahmen des deutsch-amerikanischen Syndikats den Nordabschnitt der grossen persischen Vertikalbahn gebaut hatten, einen neuen Vertrag abgeschlossen, der diesen Firmen den Weiterbau der Nordstrecke überträgt. Der ursprüngliche Bahnbaupvertrag wurde bekanntlich von der persischen Regierung gekündigt, weil die auf dem Südschnitt der Strecke tätigen britischen und amerikanischen Firmen ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen waren.

Das Flottenabkommen.

London, 1. August (A.A.). Der König von England hat heute das Londoner Flottenabkommen unterzeichnet.

Belgischer Diskont ermässigt.

Brüssel, 1. August (A.A.). Die Bank von Belgien hat ihren Diskontsatz auf 2,5 pCt. herabgesetzt.

Moskau im Zeichen der Not.

Kaviar, Froschschenkel und . . . 7 Gramm Butter täglich. — Die unzufriedenen Arbeiter. — „Wenn Lenin noch am Leben wäre . . .“ (Von unserem Berichterstatter.)

Moskau, Ende Juli. Der grosse Kongress der herrschenden Partei ist vorüber. Die Beifallsalven im schönen Saal des Moskauer Grossen Theaters sind verhaucht. Von mehr als zweitausend Delegierten aus allen Teilen und Gauen des Sowjetstaates ist dem Parteidiktator Stalin in endlosen Resolutionen einstimmig bescheinigt worden, daß seine Politik auf allen Gebieten des Staats- und Wirtschaftslebens die einzig richtige ist. Mit Stolz zählte die Führer der Regierung und der Partei die „Erfolge des sozialistischen Aufbaues“ in ihren Reden auf. Der Kongress ist vorüber, die Not ist geblieben. Ja, sie wird grösser und jeder Tag bringt dem vielgeplagten Sowjetbürger neue Ueberraschungen. Wer nach einigen Jahren wieder die Sowjethauptstadt besucht, dem fällt schon im äusserlichen Bilde der Stadt und in der äusseren Erscheinung ihrer Bewohner eine erhebliche Verschlechterung gegenüber früher auf. Im Hotel erhält der Ausländer zwar noch immer sein Ei zum Morgenfrühstück, für teures Geld kann er sich im Hotelrestaurant auch ein opulentes Mahl bestellen, das daran erinnert, dass die russische Küche einst Welttruhm genoss. Das allgemeine Bild ist aber grau in grau. Schon im Morgenrauschen sieht man endlose Schlangen vor den Lebensmitteläden, die meisten bringen Feldstühle mit, die Frauen ihre Handarbeit, die Intellektuellen ihre Bücher. Jeder richtet sich so bequem wie nur möglich für die langen Stunden des Wartens ein. Aber auch vor allen anderen Läden, vor allem vor den Textilgeschäften, stehen Tag für Tag Käuferpolonaisen. Das Neueste sind die Schlangen vor den Volksspeisehäusern, die dem Ansturm der Hungerigen nicht gewachsen sind. Allgemein klagt man über die schlechte Qualität der Lebensmittel, in erster Linie des Brotes, das mit dem deutschen Kriegsbrot erfolgreich konkurrieren könnte. Sehr „beliebt“ sind die Pfefferfischchen, die wie Pilze aus der Erde schießen. Ein „Pferdefeul“ ist eben zu seiner Delikatesse geworden. Die Märkte sind wie ausgestorben. Zuweilen verirrt sich eine Bauersfrau in die weiten Markthallen mit einem Korb Gurken, einer Flasche Milch, die sie zu „Preisen in der vierten Dimension“ anbietet. Die letzten Ueberreste des NEP, der Neuen Wirtschaftspolitik, sind, was private Läden anbetrifft, endgültig ausgetilgt. Die letzten Wochen haben eine Gemüsekrisis gebracht. Es fehlt an Kartoffeln, Mohrrüben, Kohl usw. Treffen mehrere Waggons Gemüse in Moskau ein, so können sie vielfach nicht zur Verteilung gelangen, da die Qualität des Gemüses immer schlechter wird. Alle Gespräche drehen sich um Lebensmittel, um die „Essensfrage“. Immer wieder kommt es vor, dass sogar hohe Sowjetbeamte im Gespräch einem mit zufriedenen Lächeln mitteilen, es sei ihnen gelungen von einer „privaten“ Bauersfrau Fleisch oder ein anderes der zwar rationierten, aber nicht erhältlichen Nahrungsmittel zu kaufen. Das Verkehrsleben, das seinerzeit von der eisernen Hand Derschinskis, des Leiters der Tscheka, in Ordnung gebracht worden war, befindet sich heute wieder im Zustande der Desorganisation. Will der Sowjetbürger verreisen, so muss er sich stundenlang vor dem Bahnhofschafter anstellen, um seine Fahrkarte zu lösen. Die Züge, die einermassen fahrplanmässig verkehren, sind wieder, wie in den ersten Revolutionsjahren, überfüllt. Auf den Stationen bekommt man unterwegs zumeist nur den berühmten „Kipjatok“, das stehende Wasser für Tee, sonst nichts.

Wo man auch hinhört, die Arbeiter sind unzufrieden, klagen darüber, dass sie sogar bei hohen Löhnen ihre Familie